

# Keine Mittelstrecken-Raketen

## Strauß-Reise als neuer Abschnitt der Zusammenarbeit mit den USA

**Bonn (Eigenbericht).** Der vierzehntägige Besuch des Bundesverteidigungsministers Strauß in den Vereinigten Staaten hat einen neuen Abschnitt der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet eingeleitet. Die amerikanische Regierung hat sich bei dieser Gelegenheit bereit erklärt, der Bundesrepublik alle Informationen und Materialien zu geben, damit die deutsche Technik und Wissenschaft möglichst schnell den Anschluß an die internationale Wehrforschung gewinnt und selbst wieder an der Entwicklung von Waffen teilnehmen kann.

Nach den Auskünften, die Strauß am Dienstag vor der Presse in Bonn gab, ist dabei auch an eine deutsche Beteiligung an der Raketenentwicklung gedacht, während eine deutsche Atomwaffenherstellung nach wie vor ausgeschlossen bleibt. Das in den Pariser Verträgen enthaltene Verbot der Raketenproduktion in Westdeutschland soll zu gegebener Zeit aufgehoben werden.

Der geplante Ankauf von etwa zwanzig amerikanischen Matador-Raketen mit den dazugehörigen zwölf fahrbaren Abschußgestellen soll diese neue Entwicklung einleiten. Strauß erklärte, die Raketen sollen der Ausbildung von Technikern in der Bundeswehr dienen und zugleich der Industrie Gelegenheit geben, den heutigen Entwicklungsstand der Raketenforschung kennenzulernen. Die amerikanische Regierung setze in beinahe bedrückender Weise große Hoffnungen auf die technische Leistungsfähigkeit Deutschlands und wolle deshalb im Rahmen des Programms der wechselseitigen Waffenentwicklung aufs engste mit der Bundesregierung zusammenarbeiten. Der Minister betonte, daß ihm gerade in Amerika wieder bewußt geworden sei, wie gering die deutschen Möglichkeiten der Waffenentwicklung im Vergleich zu Amerika seien. Aber er hob auf der anderen Seite hervor, daß große Erfinden nicht unbedingt Milliardenbeträge und riesige Versuchsplätze brauch-

ten, sondern nur Bleistift und Papier.

### „Guter Grund“

Bei der deutschen Beteiligung an der Waffenentwicklung ist weder an Atomwaffen noch an interkontinentale Raketen und Mittelstreckenraketen gedacht. Beides komme für die Bundeswehr nicht in Frage. Strauß bestätigte am Dienstag, daß „guter Grund“ zu der Annahme bestehe, es werde in der Bundesrepublik keine Abschußrampen für Mittelstreckenraketen geben. An der Entwicklung von kleineren Raketen für taktische Zwecke und für die Luftabwehr zeigte der Minister dagegen größtes Interesse. Auch in einem anderen Zusammenhang ließ er seinen Wunsch erkennen, die deutsche Industrie in größerem Umfang in die militärische Produktion einzuschalten. Er kündigte an, bei der kurz bevorstehenden Entscheidung über die Frage, mit welchem Jagdflugzeug die neue deutsche Luftwaffe ausgerüstet werden soll, werde unter anderem auch berücksichtigt, in welchem Maße Teile des betreffenden Flugzeuges in der Bundesrepublik hergestellt werden könnten. Wenigstens die Hälfte der Flugzeugteile sollte die Industrie in Westdeutschland produzieren.

Um die Bestellung der Matador-Raketen wird es neue innenpolitische Auseinandersetzungen geben. Strauß stellte die Sache so dar, daß schon im

Laufe des vorigen Jahres das amerikanische Angebot in Bonn eingegangen und vom Bundeskanzler, vom Bundesverteidigungsrat und vom Bundeskabinett grundsätzlich angenommen worden sei.

Während seines Aufenthaltes in Amerika sei ihm nun erklärt worden, das amerikanische Angebot, Soldaten der Bundeswehr an diesem unbemannten gelenkten Flugkörper auszubilden, könne nur bis zum 3. April aufrechterhalten werden. Daraufhin habe er im Prinzip zugesagt, allerdings mit der Einschränkung, daß vorher noch die Zustimmung der Bundestagsausschüsse für Verteidigung und Haushalt eingeholt werden müsse. Diese Ausschüsse könnten jedoch nicht überrascht sein, da ihnen schon vorher bei verschiedenen Gelegenheiten die Absicht der Bundesregierung angekündigt worden sei. Die SPD-Fraktion bestritt die Richtigkeit dieser Darstellung sofort.

### Keine atomare Bewaffnung

Im Hintergrund dieses Streites steht die Befürchtung der Opposition, mit dem Kauf der Matadors werde eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr eingeleitet. Nach der Darstellung, die Strauß gab, ist das nicht der Fall. Er betonte ausdrücklich, daß die Amerikaner keine atomaren Sprengköpfe für die Matadorraketen angeboten haben. Vielmehr seien die Raketen ausschließlich mit gewöhnlichem Sprengstoff von 1,5 Tonnen Gewicht versehen, die Kosten eines solchen Geschosses belaufen sich auf 80 000 DM. Seine Gesamtreichweite beträgt 1000 Kilometer, aber Strauß betonte, daß die Rakete nur über 400 Kilometer lenkbar sei und daher auch nur über diese Entfernung wirksam eingesetzt werden könne.

## Wir brauchen Klarheit!

DT. Wir werden in dieser Woche jene außenpolitische Debatte im Bundestag haben, die uns in der abgelaufenen Woche überraschend vorenthalten worden war. Waren wir mit den außenpolitischen Experten der beiden großen Parteien erleichtert, als man sich auf Vorschlag des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier entschlossen hatte, die seit Wochen auf den Termin vom 12. März angesetzte Aussprache abzusetzen, so müssen wir heute darauf dringen, daß in dem Wirrwarr der Meinungen und Spekulationen wenigstens eine ungefähre Klärung einzieht. Wir müssen es nicht nur hoffen. Wir brauchen sie; das Gefühl geht um und frißt sich auch in das Denken der einfachen, unkompliziert Urteilenden, daß uns die Linie unseres politischen Handelns entglitten sei oder mindestens zu entgleiten drohe. Das war gewiß auch das Hauptmotiv Adenauers, als er, zornig über den Vertragssentenschluß seiner eigenen Freude, mit solcher Bestimmtheit darauf drang, schon eine Woche später das ausgefallene Ereignis unter allen Umständen nachzuholen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Schlappe vom 23. Januar, die des Kanzlers Partei in den Nachtausbrüchen des Bundestages hatte hinnehmen müssen, jetzt einfach zu einer parlamentarischen Revanche führen soll. Vielleicht, ja sogar wahrscheinlich, wäre das gewesen, wenn der Bundestag zu seinem festgesetzten 12.-März-Termin sich in eine Erwiderrungsschlacht gestürzt hätte.

Die außenpolitische Debatte dieser nun kommenden Woche aber kann sich nicht mehr damit aufhalten, in den Meinungsstreit über das, was angeblich versäumt worden sei, einzugreifen. Sie muß dringend Klarheit darüber zu schaffen suchen, was in dieser sich so rapid verändernden weltpolitischen Situation für morgen und übermorgen zu tun ist. Das Palaver

um eine künftige Spitzenkonferenz der Mächte ist nicht nur zum täglichen Diskussionsstoff in Kabinetten und Konferenzen geworden, sondern auch die Sucht ist mächtig angeschwollen, Rezepte für solche Konferenzen anzubieten. Das betrifft nicht sosehr Gerstenmaiers Vorschlag, das Problem eines deutschen Friedensvertrages vor solche Mammutkonferenz zu bringen, sondern vor allem Pläne und Plänchen, die gerade in den letzten Wochen aus allen Winkeln aufschossen und den Zeitgenossen fraglos mehr verwirrten als anregten. So sehr, daß nicht einmal Klarheit darüber zu schaffen ist, was der sehr aktive sowjetische Botschafter Smirnow in Bonn seinen häufig wechselnden Gesprächspartnern als sowjetische Meinung zu deutschen Spekulationen offeriert hat.

Das Verlangen nach Geheimdiplomatie, das uns seit Monaten als heilsamer Ausweg aus dem Zerreden aller politischen Vorschläge in Noten, Reden und Debatten erschien, wird von den Sowjets offenbar ganz anders angewandt, als wir es wünschen können. Diese Diplomatie spricht nicht nur, wie es die Vertretung eines Landes gemeinhin tut, mit der Regierung des Gastlandes, sondern wendet auch jenen Gruppen ihre besondere Aufmerksamkeit zu, die in deutlich erkennbarer Opposition zur Politik der Regierung politisch oder publizistisch tätig sind. Das wäre legitim, wenn nicht Grund bestünde anzunehmen, daß die sowjetische Diplomatie diesen so verschiedenen Kontakten auch ganz verschiedene politische Deutungen über ihre Politik mit auf den Weg gäbe. Wie anders nämlich ist es zu erklären, daß Adenauer von seinem Zusammentreffen mit Smirnow die Mitteilung mitbringt, Moskau wolle nur einen Friedensvertrag entweder mit den beiden getrennten Deutschland oder nach einer „Konföderation“ der beiden Deutschland abschließen, — während sowohl die Sozialdemokraten als auch die Freien Demokraten sagen, sie hätten es anders aus der Residenz Smirnows gehört?

Wenn es stimmt, daß aus der sowjetischen Botschaft einige

deutsche Journalisten und Politiker bestimmter Couleur angerufen worden sind, um — längst ehe die sowjetische Note an die USA bekannt und veröffentlicht war — auf den sowjetischen „Friedensvertrag“-Köder mit befürwortenden Erklärungen hinzuweisen, dann ist zu erkennen, welche Wege der politischen Einflußnahme diese Art von sowjetischer Diplomatie heute schon geht.

Die Sowjets haben es fertiggebracht, die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik zum außenpolitischen A und O aller sowjetischen Neins zu machen. Wenn man dieser östlich vorgeschriebenen Linie folgt, wird man es schwer haben, zu einer dringend notwendigen Klärstellung unseres außenpolitischen Kurses zu kommen. Ob auch der Westen uns mit seinen wechselnden Ansichten über das, was künftig beim Zusammentreffen der Großen gesprochen werden soll, in den letzten Wochen gerade gute Dienste erwiesen hat, steht dahin.

Es ist zu hoffen, daß die deutsche Politik mit ihrer Zustimmung zu solcher möglichen Spitzendebatte nicht einen — auch nur zeitweiligen — Verzicht auf die Erörterung der Deutschlandfrage ausspricht. Dies zu sagen und dies mit aller konkreten Begründung und Deutlichkeit auszusprechen, ist wohl das Forum des deutschen Bundestages die beste und wichtigste Stätte. Alle unsere Schicksalsfragen dieser Woche: Fortführung unserer Sicherheit, Vervollkommnung unserer Bewaffnung, Befestigung unseres Bündnisses mit den freien Mächten und Stärkung unserer Position für die Wiedervereinigung verlangen jetzt klare und nüchterne Entscheidungen. Wenn der Westen mit Moskau spricht, ist unser Schicksal wohl oder übel Verhandlungsgegenstand. Wir sollten keine Angst haben, daß sich Moskau und Washington auf unserem Rücken einigen könnten. Wir sollten den Wirrwarr unserer besonderen Konzeptionen zurückstellen gegen die größere Klarheit: mit dem Westen unsere Sache zu erreichen.

**Lieber Leser!**

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

**Der Warnstreik**

DT. Der „Warnstreik“ der Gemeindearbeiter in Westberlin wurde ohne größere Zwischenfälle überstanden. Eifrig drängten die erwerbstätigen Westberliner nach ihren Arbeitsplätzen: 90 bis 93 Prozent, so darf man schätzen, haben auch ihr Ziel, wenn auch verspätet, erreicht. Es war ein Abenteuer, dem man nach Berliner Weise mit Humor, Gleichmut und Schimpfen begegnete. Den Funktionären der ÖTV werden die Ohren noch lange klingen; denn kaum ein Berliner hat die Unvermeidlichkeit dieser Störung des Wirtschaftslebens eingesehen.

Auch erfreuliche Erkenntnisse waren zu sammeln. Offenbar ist die Motorisierung so weit fortgeschritten, daß selbst ein totaler Verkehrsstreik seinen früheren „Schrecken“ verloren hat. Wir können das beruhigende Gefühl haben, daß die zunehmende Motorisierung uns im Notfall bei einer planmäßigen Verbreitung (die diesmal fehlte), von dem öffentlichen Monopolbetrieb unabhängiger machen wird. In München, das schon die dreifache Autodichte Berlins besitzt, könnte man heute schon nahezu die ganze werktätige Bevölkerung in Personenkraftwagen unterbringen.

Der Warnstreik ist jetzt vorbei. Man kann nur wünschen, daß jene Mitglieder der ÖTV — auch die in hoher Stellung —, die ebenso wie die meisten Berliner auf diesen Streik ge-

**Stellungnahme zum Gipfeltreffen****Deutsche Frage kann nicht ausgeklammert werden**

Bonn (dpa). Die Bundesregierung werde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür eintreten, daß die deutsche Frage auf einer bevorstehenden Gipfelkonferenz behandelt wird. Das stellte am Sonnabend das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung fest.

Die Erklärung bezieht sich auf „unvollständige oder unzutreffende Pressemeldungen“,

wonach der Eindruck entstanden sei, daß die westliche Welt ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben habe, auch die Frage der Wiedervereinigung zum Gegenstand von Verhandlungen bei einer möglichen Gipfelkonferenz zu machen.

Die Bundesregierung sei nach wie vor der Überzeugung, so heißt es in der Erklärung, daß ein politisches Problem von solch zentraler Bedeutung nicht ausgeklammert werden könne, ohne die Aussichten einer Konferenz auf höchster Ebene zu gefährden. Damit verliere das dringende Problem einer allgemeinen kontrollierten Abklärung jedoch nicht an Bedeutung.

und Berlin etwa 100 Mill. DM an Produktionsausfall und Leerlauf gekostet haben mögen, dann war dieser Kurzschluß der Beteiligten auf Kosten der Unbeteiligten unangemessen teuer bezahlt.

Was folgt daraus? ÖTV und die Behörden, mit denen diese Gewerkschaften ständig Lohn- und Gehaltsverhandlungen zu führen hat, sollten unverzüglich ein Schlichtungswesen freiwillig vereinbaren. Wie nötig das ist, zeigte vor allem die Tatsache, daß sogar die statistischen nachprüfbaren Sachverhalte (nämlich die Lohnrelation zwischen Handwerkern, Angestellten und Beamten) ständig umstritten waren und von den Verhandlungspartnern verschieden dargestellt wurden. ÖTV sollte den Bogen nicht überspannen. Es wäre bedauerlich, wenn ausgerechnet Lohnkonflikte mit den Gemeinden und dem Staat zu katastrophalen Streikaktionen führen. Das Gegenstück jeder vorbehaltlosen Streikfreiheit heißt nämlich: Verantwortung vor dem Ganzen.

schimpft haben, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit künftige Funktionäre gewählt werden, die auf die Westberliner Mentalität und Situation Rücksicht nehmen. Wo hat etwa bei aller Einsicht der Mut gefehlt? Hoffentlich ist über diese innergewerkschaftliche Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Auch andere Überlegungen werden anzustellen sein. Von einem Streik in Versorgungsbetrieben werden stets große Teile der Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen, die mit dem Streikfall gar nichts zu tun haben. Es geht dabei nicht nur darum, Leben und Gesundheit zu schützen. Auch das Wirtschaftsleben darf nicht der Gefahr einer Katastrophe ausgesetzt werden (Strom, Gas, Wasser).

In vielen demokratischen Ländern des Westens ist darum das Streikrecht in solchen Betrieben modifiziert. Ein Schlichtungswesen, ob freiwillig vereinbart oder gesetzlich festgelegt, soll dafür sorgen, daß es nicht zu Kurzschlüssen und Prestigekämpfen bei den Lohnverhandlungen kommt. Vor dem „Warnstreik“ waren die

Verhandlungsmöglichkeiten nämlich keineswegs erschöpft. Nur wenige Tage lagen die Terminvorschläge beider Partner für neue Verhandlungen auseinander. Wenn die indirekten Folgen dieses Warnstreiks in ganz Westdeutschland

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

## Moskau bezahlt nur Schleuderpreise

400 Millionen Jahresverlust bei Wismuth AG.

Berlin (Eigenbericht). Bemerkenswerte Mitteilungen über die nach wie vor andauernde Ausbeutung der Wirtschaft der Sowjetzone durch die Sowjetunion machte in diesen Tagen ein Funktionär, der bis vor kurzem in leitender Position bei der Wismuth AG. beschäftigt war. Seine Mitteilungen über die von den Sowjets gezahlten Preise für die Exporte von Uranerz in die UdSSR zeigen, daß die Sowjetzone aus diesem wertvollen Rohstoffvorkommen keinerlei Nutzen zieht. Im Gegenteil handelt es sich für die Zonenwirtschaft hierbei um ein Defizitobjekt in Höhe von mehreren Hundert Millionen Mark. Dagegen müßte der Verkauf der Uranerze zu normalen Handelsbedingungen der sowjetzonalen Wirtschaft erhebliche Gewinne einbringen.

In der Handelsstatistik der Sowjetzone für 1957 sind unter den Exporten nach Rußland zum erstenmal auch die Uranlieferungen enthalten, allerdings ohne im einzelnen aufgeschlüsselt zu sein. Insgesamt erhöhten sich die Exporte in die Sowjetunion von 2608 Millionen Rubel im Jahre 1956 auf 3220 Millionen Rubel im Jahre 1957. Auf der Moskauer Wirtschaftskonferenz im Januar vorigen Jahres erklärten sich die Sowjets zwar nach langem Drängen Pankows bereit, den völlig ungenügenden Uraniumpreis zu verdoppeln. Statt 350 Millionen Rubel zahlten sie 1957 etwa 800 Millionen Rubel für eine um 15 Prozent erhöhte Produktion der Wismuth-Betriebe. Aber selbst dieser jetzt zugestandene Preis bedeutet weiterhin eine kolonial-kommunistische Ausbeutung schlimmster Art, da damit nur wenig mehr als die Ausgaben der Wismuth für Löhne und Gehälter gedeckt werden. Diese betragen im Uranbergbau etwa 55 Prozent der Produktionskosten.

Die sowjetisch-deutsche Wismuth AG. beschäftigt augenblicklich 80 000 Arbeiter und Angestellte. Die Löhne und Gehälter einschließlich der Sozialversicherung betragen knapp 450 Millionen Ostmark; das macht bei dem offiziellen Umrechnungskurs von 1 Ostmark gleich 1,80 Rubel also jene Gesamteinnahme von 800 Millionen Rubel aus, die von den Sowjets für das Uranium gezahlt wurde. Die Produktionskosten in Höhe von 400 Millionen Mark dagegen müssen von der Bevölkerung der Sowjetzone aufgebracht werden. Wäh-

rend in der ganzen übrigen Welt der Uranbergbau mit hohen Gewinnen arbeitet, ist er für die Sowjetzone ein Verlustgeschäft, weil die kommunistischen „Freunde“ der sowjetzonalen Regierung nicht bereit sind, für die deutschen Uranerze die Preise zu zahlen, die den tatsächlichen Produktionskosten und einem angemessenen Gewinn entsprechen würden.

## In der Zone nur noch 391 Anwälte

Rechtspflege als Mittel des Klassenkampfes

Berlin (dpa). In der Sowjetzone sind nur 815 Rechtsanwälte gegenüber rund 16 000 in der Bundesrepublik tätig, wie der Präsident des Bayerischen Anwaltsverbandes, Dr. Ostler, zum Abschluß des Berliner Richtertages mitteilte. Von den 815 Anwälten gehörten nur 391 keinem Rechtsanwaltskollektiv an. Diese freien Anwälte müßten unter schwierigsten Bedingungen arbeiten, beispielsweise sei es ihnen nicht erlaubt, vor dem Obersten Gerichtshof der Zone aufzutreten.

Auf der Tagung wurde — wie bereits gemeldet — die Stellung des Anwalts im geteilten Deutschland diskutiert. Dr. Ostler sagte, der Anwalt gelte formell zwar auch in der Zone als Rechtspfleger, tatsächlich sei er jedoch nur ein Justizfunktionär. Das anwaltliche Berufsgeheimnis bestehe praktisch nicht mehr, weil die dem Justizministerium unterstehende „Zentrale Revisionskommission“ jederzeit Auskünfte verlangen und Einsicht in Unterlagen fordern könne.

## Aus SSD-Haft entlassen

Berlin (ap/dpa). Der erste Amerikaner, der in Ostberlin gerichtlich verurteilt wurde, der Arzt Dr. Walter Steinberg, ist vorzeitig entlassen worden. Steinberg war Anfang September vergangenen Jahres verhaftet und im Januar unter der Anklage, sich gegen die Wirtschaftsgesetze vergangen zu haben, zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Auf einer Pressekonferenz in Westberlin sagte Dr. Steinberg, er sei von Beamten des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes während seiner Haft „hart und brutal“ behandelt worden. Sein Wunsch, sich mit einem Vertreter des amerikanischen Konsulats in Verbindung setzen zu dürfen, sei abgelehnt worden. Seinen Pflichtverteidiger habe er nur einmal zwanzig Minuten lang unter Aufsicht sprechen dürfen.

Kammergerichtspräsident Prof. Dr. Dr. Hejnitz erklärte, die Rechtspflege in der Sowjetzone sei „lediglich ein Mittel des Klassenkampfes“. Der Richter in der Zone sei ein weisungsgebundener Funktionär und könne jederzeit wegen politischer Unzuverlässigkeit abgesetzt werden.

## In Dresden verhaftet

Bad Hersfeld (dpa). Beim Besuch seiner Eltern in Dresden ist der Vertreter einer Kölner Firma verhaftet worden. Der Vertreter war mit einem gültigen Messeausweis nach Leipzig gefahren, dann jedoch ohne Aufenthaltsgenehmigung nach Dresden gereist.

Ein ähnlicher Fall hatte sich vor wenigen Tagen an der Zonengrenze abgespielt, als ein Einwohner aus Gießen von der Volkspolizei festgenommen wurde, weil er als Messebesucher ohne Genehmigung zu seinen Eltern im Erzgebirge gefahren war.

## Zweiter US-Satellit im Weltraum

Erfolg der Marine — Lebensdauer fünf bis zehn Jahre

Cap Canaveral (dpa). Mit einer Geschwindigkeit von rund 30 000 km/hst umkreist seit Montag mittag der zweite künstliche Mond der USA die Erde. Nach mehreren verschobenen und zwei mißglückten Versuchen hat die amerikanische Kriegsmarine einen kleinen, mit zwei Sendern und Meßinstrumenten ausgestatteten Erdsatelliten mit einer dreistufigen „Vanguard“-Rakete auf seine Flugbahn befördert.

Mit ohrenbetäubendem Getöse stieg die 21 Meter lange, pfeilschlanke „Vanguard“-Rakete um 13.06 Uhr MEZ von ihrer Abschubrampe auf dem Raketenversuchsgelände von Cap Ca-

naveral fast senkrecht in die Höhe. Ihr Flug war zehn Sekunden lang deutlich zu verfolgen. Dann löste sich die erste Treibstufe. Nach genau zehn Minuten und 21 Sekunden hatte der Satellit seine für die Erdumkreisung erforderliche Höhe erreicht und wurde von der letzten Raketenstufe freigegeben.

Der neue künstliche Mond hat einen Durchmesser von 16,5 Zentimetern und wiegt etwa dreieinviertel Pfund. Die Höhe, in der er die Erde umkreist, schwankt von 650 bis 4000 Kilometer.

Nach Schätzungen der amerikanischen Wissenschaftler wird

der Satellit voraussichtlich eine Lebensdauer von fünf bis zehn Jahren haben. Über sechs Antennen werden die beiden Sender Meßergebnisse an die Bodenempfangsstationen senden. Der eine der beiden Sender wird mit einer Quecksilberbatterie betrieben und arbeitet auf der Frequenz von 108 Megahertz. Der zweite Sender ist mit Sonnenbatterien ausgestattet, die eine praktisch unbegrenzte Lebensdauer haben. Seine Signale sind auf 108,03 Megahertz zu hören.

Der Satellit wird auf seiner Flugbahn von der etwa 50 Pfund schweren dritten Raketenstufe begleitet, die sich gleichfalls im Raum gehalten hat. Unmittelbar nach ihrer Erfolgsmeldung kündigte die Marine an, daß sie bereits „in Kürze“ einen etwa 20 Pfund schweren und voll mit Instrumenten ausgerüsteten Satelliten in den Weltraum schicken werde.

Jetzt drei künstliche Monde

Nach dem Verglühen des ersten sowjetischen „Sputniks“, dessen Start am 4. Oktober des vorigen Jahres ein neues Kapitel in der Menschheitsgeschichte eingeleitet hatte, umkreisen nunmehr zur Zeit drei künstliche Monde unseren Planeten:

1. „Sputnik II“,
2. der „Explorer“ der US-Armee,
3. der künstliche Satellit der US-Marine.

## Mondrakete in wenigen Monaten?

Aus den Plänen der amerikanischen Forschung

Dallas/Texas (ap). Nach Ansicht des Raketeningenieurs Dr. Werner von Braun können Menschen in zwei bis fünf Jahren in künstlichen Satelliten die Erde umkreisen und wieder zur Erde zurückkehren. Danach werde es bald möglich sein, in Raketenflugzeugen die Erdatmosphäre ganz hinter sich zu lassen. Der nächste Schritt würden dann Raumflüge in Satelliten sein, von denen die Insassen sicher wieder zur Erde zurückkehren könnten.

Ein enger Mitarbeiter des Leiters der Forschungs- und Entwicklungsabteilung der US-Armee, James Edson, kündigte am Dienstag in einem Vortrag an, daß die Vereinigten Staaten in wenigen Monaten eine Rakete zum Mond schicken würden.

Wie aus Regierungskreisen verlautete, fiel der Index der industriellen Produktion einschließlich Bergbau und Hüttenwesen im Februar um zehn Prozent unter den Höchststand vom Herbst 1956. Die Jahresrate der Löhne und Gehälter ging vom Januar zum Februar um 1,8 Milliarden Dollar zurück. Diese Entwicklung hat die Hoffnungen amtlicher amerikanischer Stellen auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine stärkere Belegung der Konjunktur im März gedämpft.

## Besuch der „Grünen Woche“ bestraft

Stipendien gestrichen — Weitere Maßnahmen angekündigt

Berlin (ap). In einer am Sonnabend vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichten Resolution verurteilt der Rat der landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät an der Ostberliner Humboldt-Universität scharf das Verhalten seiner Lehrkräfte, Assistenten und Studenten, die kürzlich die „Grüne Woche“ in Westberlin besuchten. In der Entschliebung wird den Betroffenen „mangelhaftes politisches Bewußtsein“ vorgeworfen und versichert: „Der Rat der Fakultät übernimmt kollektiv die Verpflich-

tung, daß sich dieses versöhnlerische Verhalten nicht wiederholt.“

Aus Ostberlin war in den letzten Tagen berichtet worden, daß bereits mehr als 30 Studenten der Fakultät wegen des Besuches der „Grünen Woche“ Leistungszuschläge zum Stipendium gestrichen worden seien. Gegen die Doktoren Dobinski, Joachim Krüger und Erwin Sych sollen aus dem gleichen Grund von der Universitätsverwaltung Disziplinarverfahren eröffnet worden sein.

## USA forcieren Staatsaufträge

Washington (ap). Präsident Eisenhower hat den Kongreß um die zusätzliche Bewilligung von 171,5 Millionen Dollar zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten ersucht. Er faßte diesen Entschluß nach einer zweieinhalbstündigen Beratung mit seinem Kabinett, weil im Februar die Produktion und die Einkommen erneut gesunken sind.

Zwischen Elbe und Oder

# Was heißt schon „Errungenschaften“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

Berlin (Eigenbericht). Das Schlagwort von den sogenannten sozialistischen Errungenschaften wird von der SED immer wieder in die Debatte geworfen. An der Spitze steht die Partei, dann kommt die „Arbeiter- und Bauernmacht“, und so geht es weiter bis zu jedem neuen Kuhstall und neuen Fensterbrett. Manches ist nicht einmal schlecht, hinterhältig ist jedoch die Propaganda um Selbstverständlichkeiten, durch die dem Bewohner Mitteldeutschlands und den Lesern im Westen Sand in die Augen gestreut werden soll.

### ASCHERSLEBEN

**EINE POLITIK MIT MODERNEN GERÄTEN.** Die Poliklinik Aschersleben hat ausgezeichnete Geräte. Röntgenapparate, klinische Einrichtungen und gutes Personal. Wie ein luftleerer Raum im politischen Sturm spielt sich das Leben dort ab. Der Chefarzt fährt einen Opel Rekord, neuestes Modell. Er ist Persona grata. Auch die Poliklinik gehört zu den sogenannten sozialistischen Errungenschaften. Ebenso aber der Ärztemangel im Städtchen. Die vier, fünf praktischen Ärzte machen sich seelisch und physisch kaputt. Wieder ist einer geflüchtet. Er hatte keine materiellen Sorgen. Aber der politische Druck trieb ihn davon. Die HO spricht von Verkaufskultur. Im neuen Stadtviertel baut man Wohnungen, in denen der Kalk schon von den Decken rieselt. Die Bauten trocknen nicht aus. Die Wettbewerbe drängen. Zu Ehren des V. Parteitages wollte man Wohnlichkeiten schinden. Auch das sind Errungenschaften.

**BEIM KAUFMANN AN DER ECKE** am Rathaus flüstert man sich zu: „Ulbricht wird Aschersleben niemals besuchen, schließlich stammen Eisenhowers Vorfahren von hier.“

### ROSTOCK

**KEINE GEHELMNISSE.** Die Erschaffung der Welt durch ein höheres Wesen wird abgelehnt. Die SED leugnet die Existenz Gottes. Alles könne man erklären, heißt es. Wenn auch einige Fragen noch offen seien, aber auch dahinter käme der aufgeklärte Mensch. Rezepte dazu: Studium des Marxismus-Leni-

nismus. Mit Dialektik ließe sich überdies alles machen. Die Volkswerft Rostock ist eine Errungenschaft der SED, so heißt es parteiamtlich. Die Arbeiter und Angestellten fügen eine Ergänzungsfrage hinzu: Auch die Stillstandszeiten, auch die Wartezeiten, auch die Verlustzeiten, auch die Plan- und Materialfehler? Fast ein Vierteljahr ist ins Land gezogen vom neuen Jahr. Immer noch schimpfen die Arbeiter wie die Rohrspatzen über die Engpässe, Stromersparungen, Maschinenüberalterungen usw. Sind das etwa unsere sozialistischen Errungenschaften. Die Betriebszeitung „Unsere Werft“ versuchte den Stein des Weisen zu finden. Sie fordert die Arbeiter auf, die Genossen Konstrukteure dazu zu zwingen, rechtzeitig gute Pläne bereitzustellen. Die Genossen Materialbeschaffer aber sollten die Zuliefererbetriebe rechtzeitig agitatorisch und propagandistisch bearbeiten. „20 000 Tonnen Feldsteine zu Ehren des V. Parteitages für die Hafennole!“ Ein Spruchband in Warmemünde. Sollen sich vielleicht die Sommergäste beteiligen?

### JENA

**IM JENAER MUSEUM** wird ein neuer Führungsstil propagiert. Man hört aus der Sklavenhalterzeit, aus der Zeit der Feudalherren und sieht Abbildungen der Zeiss-Abbé-Stiftung. Die Arbeiterwohnsiedlung, die in den ersten dreißiger Jahren errichtet wurde, ist keine Errungenschaft, sondern ein Beispiel für die Ausbeutung der kapitalistischen Profitjäger!

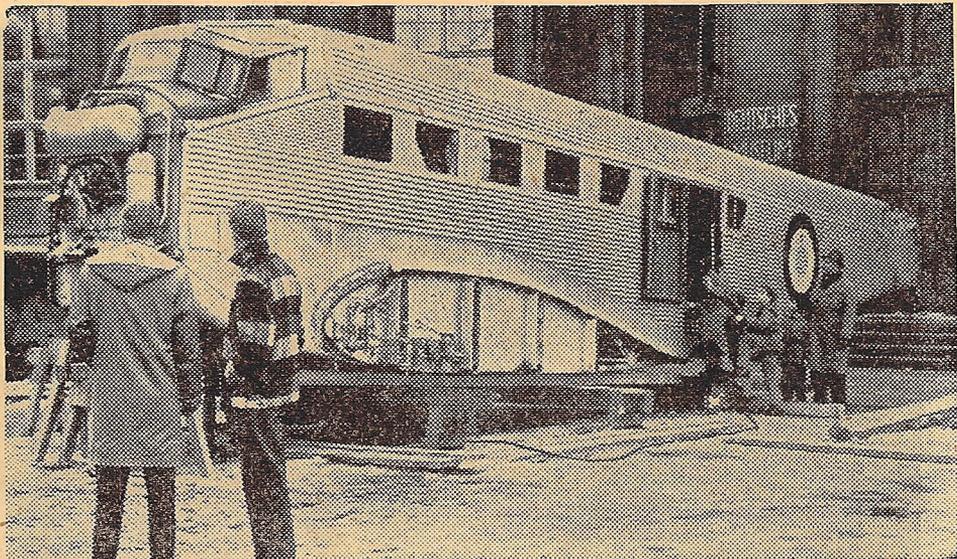
**IM PARADIESCAFÉ TANZT MAN.** Rock and Roll gilt als verpönt. Abends nach 12 Uhr,

wenn die Luft rein ist und kein ‚Ledermantel‘ durch den Park schlendert, dann kann man es noch einmal versuchen. Studenten und Studentinnen schufften mehr als bisher. In den Ferien bleibt keine Zeit zum Lernen. Da heißt es: Auf zum Arbeitsinsatz. Und die politische Arbeit nimmt ihnen ihre Freizeit. Sie sind in Zehnergruppen gegliedert. Hier der Arbeitsplan eines Studenten: Montag: Parteilchjahr. Dienstag: Kampfgruppenübung. Mittwoch: FDJ-Abend. Donnerstag: Freiwilliger Aufbaueinsatz. Freitag: Nationale Front. Sonnabend: Schachturnier in der Sektion Schach im Kulturbund. Sonntag: Geländespiel — Landsonntag oder Produktionseinsatz. Gelernt wird später. Auch das sind sozialistische Errungenschaften. Ist es da ein Wunder, wenn sich die Studenten drücken? Entweder sie oder sie werden erdrückt.

### CHEMNITZ

**HOFFUNG, DASS ES BESSER WIRD,** haben die Arbeiter der Ofenfabrik in Cossebaude nicht. Derselbe Schlendrian, derselbe Arbeitsablauf wie im vergangenen Jahr. „Von einem Stückchen Holz kann man nicht verlangen, daß es denkt“, das ist die Meinung der Arbeiter in Cossebaude. Der Schuh ist für die Werkleiter zu groß. Wer früher die Straße gefegt hat, ist, nur selten in der Lage, Teppichkehrmaschinen produzieren zu lassen.

**IN RAUENSTEIN** bei Chemnitz wurde ein neuer Schweinestall eingeweiht. Er gilt ebenfalls als Errungenschaft. Ein Bauer bemerkte dazu trocken: „Wenn eine LPG ein neues Holzclosett baut, dann ist das eine sozialistische Errungenschaft — und wenn in einer westdeutschen Kleinstadt, 50 000 Wohnungen mit Zentralheizung gebaut werden, dann ist das Ausdruck kapitalistischer Ausbeutung.“ Und mit einem Seufzer fügte er hinzu: „Was heißt denn schon Errungenschaft...“



**MUSEUMSREIF** ist die „Tante Ju“ geworden, das alte, aber außerordentlich leistungsfähige deutsche Flugzeug „Ju 52“. Ein Exemplar davon wurde jetzt im Deutschen Museum in München aufgestellt.

## Professoren in Not

DT. Professoren werden von Funktionären über das Wesentliche ihrer Wissenschaft belehrt, werden bedroht, öffentlich angepöbelt, zum Widerruf ihrer in Jahrzehnten erarbeiteten Erkenntnisse genötigt, — in einer solchen Situation haben sich deutsche Hochschullehrer noch nie befunden, wie jetzt im Herrschaftsbereich der SED. Die Flucht des Leipziger Kunsthistorikers Prof. Ladendorf nach Westberlin ist ein neues Schlaglicht auf diesen Zustand. Unzählige Dozenten stehen, nachdem sie jahrelang in ihren „unpolitischen“ Fächern relativ ruhig und verantwortlich arbeiten konnten, plötzlich vor schweren Entscheidungen. Viele sind vielleicht zur Stunde schon, ähnlich wie die Dozenten der Veterinär-Medizinischen Fakultät der Linden-Universität, von ihren Posten entfernt worden.

Nur nach und nach erfährt man Einzelheiten. Und man erfährt auch Gründe. Aber es erübrigt sich, auf diese Beschuldigungen einzugehen. Ob Besuch der Grünen Woche als einer Stätte vorzüglicher Infor-

mationsmöglichkeit über die landwirtschaftlich-technische Entwicklung im Westen, ob Verbreitung „falscher Lehren“ — es ist gleichgültig, wie es die Funktionäre nennen. Verzeichnet werden muß allein die Tatsache, daß sie jetzt fanatisch und blind Forschung und echte Erkenntnis aus der Universität knüppeln wollen.

Vom Westen aus gesehen, ist dieses Verhalten unbegreiflich. In der Sowjetunion werden Wissenschaftler umworben, und die SED hatte sich zunächst danach gerichtet, 5000 Ostmark Monatsgehalt und weitere Vergünstigungen waren eine durchaus normale Einstufung. Man brauchte die Gelehrten, direkt oder indirekt, für die industrielle Entwicklung, für den Fortschritt überhaupt, wie er auch immer interpretiert wurde. Hat sich dieses Bedürfnis erledigt? Hat man Professoren nicht mehr nötig?

Schon die wirtschaftliche Situation in der Zone ist Anlaß genug, diese Fragen zu verneinen. Aber vielleicht ist es gerade die Aussichtslosigkeit auf

diesem Gebiet, die den Kommunismus Ulbrichtscher Prägung zu einer Art Torschlußpanik treibt.

Eine furchtbare Gewissensnot und eine Gefahr für die Jugend in der Zone. Die SED wird dabei nichts gewinnen. Aber viel, unendlich viel geht verloren durch Haß und Bitterkeit, was ohne jenen Druck fanatischer Kommunisten zu Werten werden könnte.

## Ost-Lufthansa darf nicht landen

Wien (dpa/ap). Das Handelsgericht Wien hat der Ostzonen-Lufthansa in einer einstweiligen Verfügung untersagt, im Verkehr mit Österreich die Bezeichnung „Deutsche Lufthansa“ und das einschlägige Firmenzeichen (stilisierte Greif) zu verwenden.

Die gerichtliche Verfügung wurde dadurch ausgelöst, daß vor einigen Monaten auf dem Flugplatz Wien-Schwechat eine außerplanmäßige Maschine der Ostzonen-Lufthansa landete. Sie brachte damals eine Gruppe sowjetzonaler Sportler zu einem Wettkampf nach Wien.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Hilfsbereit zeigte sich dieser Westberliner Autofahrer am Tage des Warnstreiks der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Er lud seinen Wagen mit „Anhaltern“ voll. — Unten: Auch Spanien wurde von der deutschen Fußball-Nationalelf in Frankfurt geschlagen. Es gelang ihr ein 2 : 0-Erfolg. Eckel (links) erhält den Ball vor dem Spanier Collar.

